

München, den 8. September 2008

**Fünf Initiativen für ein soziales und demokratisches Bayern –
Sofortprogramm der Fraktion DIE LINKE im künftigen bayerischen Landtag**

1. Ein Mindestlohn von 8,50 EUR für alle statt Armutslöhne und Lohndumping

Auch in Bayern arbeiten immer mehr Menschen zu Armutslöhnen. Sie sind arm trotz Arbeit: 743 000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro pro Monat. 377 000 Menschen in Bayern müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben weil ihr Einkommen nicht ausreicht. 109.000 Menschen in Bayern sind Leiharbeiter. Jeder achte Leiharbeiter ist Hartz-IV-Aufstocker.

Wir werden im Landtag eine bayerische Bundesratsinitiative für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn beantragen. Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben bisher immer gegen einen Mindestlohn gestimmt. Mit einer bayerischen Bundesratsinitiative geben wir ihnen eine weitere Chance ihren Worten Taten folgen zu lassen.

Wir werden gleichzeitig eine Gesetzesinitiative für ein bayerisches Mindestlohngesetz starten und damit die Vorgaben der bayerischen Verfassung endlich umsetzen.

Damit werden wir die Umsetzung des Volksbegehrens des bayerischen DGB für ein bayrisches Mindestlohngesetz auf die Tagesordnung des Landtags setzen. Wir wollen dafür sorgen, dass zumindest in Bayern eine Haltelinie nach unten eingeführt wird, damit die Löhne nicht weiter ins Bodenlose fallen.

2. Antrag auf vollständige Wiederabschaffung der bayerischen Studiengebühren

Es ist ein Skandal, dass in Bayern wieder der Geldbeutel der Eltern über die Möglichkeit zum Studium entscheidet. In Hessen konnten die Studiengebühren dank der Stimmen der LINKEN wieder abgeschafft werden. In Bayern hat sich jüngst sogar die Mehrheit der Mittelständler für die Wiederabschaffung der Studiengebühren gewandt.

Wir werden auch in Bayern umgehend einen Antrag auf die vollständige Wiederabschaffung der Studiengebühren stellen.

Damit künftig jungen Menschen nicht länger der Zugang zu einer guten Ausbildung verbaut wird, nur weil sie oder ihre Eltern nicht über das nötige Geld verfügen.

3. Wiederabschaffung des bayerischen Versammlungsgesetzes

Das neue bayerische Versammlungsgesetz beschneidet das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und gefährdet das Streikrecht. Die CSU hat den Protest von Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen arrogant ignoriert und das Gesetz skrupellos durchgesetzt.

Wir verteidigen die Verfassung. Wir wollen verhindern, dass das neue Versammlungsgesetz tatsächlich wirksam wird und die Demokratie in Bayern ernsthaften Schaden erleidet. Wir werden im neuen Landtag umgehend beantragen, das bayerische Versammlungsverhinderungsgesetz gleich wieder abzuschaffen.

Damit aus Bayern kein Obrigkeitsstaat wird und jede Bürgerin und jeder Bürger gegen Regierungspolitik demonstrieren und Streiks nicht willkürlich durch die Polizei behindert werden können.

4. Wiedereinführung der Pendlerpauschale

Die steigenden Preise werden für immer Menschen zu einem Problem. Am 25. September haben die anderen Parteien im Bundestag erneut die Chance, noch vor der bayerischen Landtagswahl zu beweisen, dass die Debatte um die Pendlerpauschale kein reines Wahlkampftheater von CSU und SPD war.

Sollte unser Antrag im Bundestag keine Mehrheit finden, werden wir den anderen Parteien im bayerischen Landtag umgehend einen parteiübergreifenden Antrag für eine bayerische Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Pendlerpauschale vorschlagen. Dabei werden wir uns auch dafür einsetzen, dass künftig auch Pendlerinnen und Pendler mit geringem Einkommen durch die Zahlung von Direkthilfen unterstützt werden.

5. Keine dritte Startbahn für den Münchner Flughafen

Bayern braucht keine dritte Startbahn für den Münchner Flughafen. Die vorhandene Infrastruktur ist ausreichend und die Kosten für Umwelt und Anwohner viel zu hoch.

Wir werden im bayerischen Landtag umgehend beantragen, dass die Staatsregierung den Bau der dritten Startbahn verhindert.

Damit nicht länger Geld in überflüssige Prestigeprojekte fließt und die betroffenen Anwohner auch künftig in einer lebenswerten Umwelt leben können.